



Sozialdemokratische Partei  
Kanton Graubünden

Partida Socialdemocratica  
Chantun Grischun

Partito Socialista  
Cantone dei Grigioni

**Für eine  
öffentliche Krankenkasse  
am 28. September 2014**

---

## **Prämienexplosion stoppen!**

# Ja

**zur öffentlichen  
Krankenkasse**

---

### **Prämienexplosion stoppen !**

Von Jacqueline Fehr, Winterthur

Die Krankenkassenprämien werden nächstes Jahr voraussichtlich erneut um durchschnittlich 4,5 Prozent steigen. Stoppen können wir diese Prämienexplosion nur mit einer öffentlichen Krankenkasse. Denn diese setzt sowohl der Geldverschwendung als auch der Risikoselektion ein Ende. Und dank besserer Behandlungsmodelle für die Schwerkranken bekommt sie die Kosten in den Griff. Die Volksinitiative «für eine öffentli-

### **Inhalt**

Öffentliche Krankenkasse	1
MWST im Gastgewerbe	3
Finanzausgleich	4
Denknetz	5
Rückblick Grossratswahlen	8
Rückbl. Regierungsratswahlen	9
Grossratswahlen – die Neuen	10
2. Gotthard-Röhre	12
Wohnraum-Initiative Chur	13
JUSO	14
Leute: Lukas Horrer	15
Letzte Seite	16



# JA zur Volksinitiative

## «für eine öffentliche Krankenkasse»

che Krankenkasse» will die über 60 privaten Krankenkassen durch eine einheitliche, öffentlich-rechtliche Einrichtung mit kantonalen und interkantonalen Agenturen ersetzen. Dadurch soll der heutige Kassen-Dschungel mit 300 000 Versicherungsprodukten gelichtet, dem unsinnigen Pseudo-wettbewerb einen Riegel geschoben und die unsoziale Jagd auf «gute Risiken» endlich gestoppt werden. Erhalten bleiben jedoch Hausarzt-Modelle sowie die Rabatte für Kinder und Franchisen. Die Argumente im Einzelnen:

### **Pseudo-Wettbewerb auf Kosten der Versicherten**

Über 60 private Krankenversicherungen veranstalten heute in der Schweiz einen teuren, bürokratischen Pseudo-Wettbewerb. Um Profit zu machen, versuchen sie, die «teuren Fälle» abzuschrecken. Für kranke und alte Menschen bedeutet dieser Kassen-Dschungel: fiese Schikanen und unfaire Tricks.

### **Prämien-Explosion stoppen, Gesundheitsversorgung sichern**

AHV und Suva zeigen, dass öffentliche Versicherungen vorbildlich funktionieren und das Wohl der Versicherten in den Mittelpunkt stellen. Das macht auch bei der Krankenversicherung Sinn: Mit der öffentlichen Krankenkasse kriegen wir die Kosten unter Kontrolle und sichern unsere gute Grundversorgung. Der mühsame Prämienvergleich jedes Jahr entfällt.

### **Krankenkassen verschleudern Prämiengelder**

Jahr für Jahr verschleudern die privaten Krankenkassen über 300 Millionen Werbe-Franken, um der Konkurrenz junge, gesunde Prämienzahler abzugeben. Weitere Prämiengelder fließen in politisches Lobbying und Abstimmungskampagnen. Die Manager und Verwaltungsräte verdienen sich dabei eine goldene Nase. Für uns Prämienzahler bedeutet dieser Marketing-Unsinn: immer noch höhere Prämien.

### **Breite Unterstützung**

Die öffentliche Krankenkasse genießt bis weit in die politische Mitte Sympathien, denken wir nur an den langjährigen FDP-Präsidenten Franz Steinegger oder die Aargauer Ständerätin Christine Egerszegi. Unterstützt wird die Initiative von allen, welche wieder das Patientenwohl in den Mittelpunkt stellen wollen und nicht das Profitstreben von privaten Versicherungen. Über 20 Organisationen sind im Trägerverein zusammengeschlossen, darunter Patienten- und Konsumentenorganisationen sowie Berufsverbände wie Physioswiss und die Pflegefachleute. Von den politischen Parteien sagt nebst der SP und den Grünen auch die EVP Ja zur Initiative. Grosse Unterstützung erhält die öffentliche Krankenkassen zudem vom Ärztekomitee, in welchem sich mehrere hundert Ärztinnen und Ärzte für die öffentliche Krankenkasse einsetzen.



Jacqueline Fehr,  
Nationalrätin und Vize-  
präsidentin SP Schweiz

Der Parteivorstand der SP Graubünden fällt die Parole zu dieser Abstimmung nach Redaktionsschluss des concret. Die SP Schweiz hat die **JA-Parole** beschlossen.

Mehr Hintergrundmaterial, Argumentarien usw. finden sich unter [www.sp-ps.ch](http://www.sp-ps.ch) oder auf der Website des überparteilichen Komitees [www.oeffentliche-krankenkasse.ch](http://www.oeffentliche-krankenkasse.ch)

# Nein zur Volksinitiative

## «Schluss mit der Mehrwertsteuerdiskriminierung des Gastgewerbes»



Silva Semadeni,  
Nationalrätin

Der Parteivorstand der SP Graubünden fällt die Parole zu dieser Abstimmung nach Redaktionsschluss des concret. Die SP Schweiz hat die **NEIN-Parole** beschlossen.

### Wir wollen kein Loch in der Bundeskasse!

Von Silva Semadeni, Passugg-Araschgen

Es sei gleich gesagt: Die Initiative «Schluss mit der Mehrwertsteuerdiskriminierung des Gastgewerbes!» muss abgelehnt werden. Sie sieht keine Kompensationsmöglichkeiten vor und würde ein Riesenloch von 700 bis 750 Millionen Franken in die Bundeskasse reissen, davon 75 Millionen Franken zulasten des AHV-Fonds und 40 Millionen zulasten des IV-Fonds. Diese Ausfälle kann sich der Bund nicht leisten. Darum empfiehlt die SP, wie Bundesrat und Parlament, die Ablehnung der Initiative von Gastrosuisse.

Die Verpflegungsgewohnheiten haben sich im Laufe der Jahre verändert. Für das Essen gönnt man sich heute oft nur wenig Zeit. Take-Aways mit schnellen, billigen Angeboten sind entstanden, das Gastgewerbe hat eine starke Konkurrenz erhalten. Mit einer Initiative will Gastrosuisse nun den Grundsatz in der Bundesverfassung verankern, dass Restaurants dem gleichen Mehrwertsteuersatz unterliegen wie Take-Aways. Wer sich im Restaurant verpflegt, bezahlt nämlich 8 Prozent Mehrwertsteuer, an einem Imbissstand für die gleiche Mahlzeit zum Mitnehmen hingegen nur 2,5 Prozent. Eine solche Änderung des Mehrwertsteuersatzes würde aber mit der Gleichstellung von Restaurant und Imbissstand neue Ungerechtig-

keiten schaffen. Der reduzierte Steuersatz gilt nur für den direkten Verkauf von Nahrungsmitteln. Er gilt nicht für gastwirtschaftliche Dienstleistungen. Auch wenn die Abgrenzung nicht einfach ist, die Dienstleistungen von Restaurant und Imbissstand sind doch unterschiedlich. Schon das Verpflegungsangebot, der Komfort und der Service sind nicht vergleichbar. Im Restaurant wird mehr als nur konsumiert, insbesondere beim Abendessen. Darum werden die gastwirtschaftlichen Leistungen der Restaurants mit dem Normalsatz besteuert.

Kompensationsvarianten für die riesigen Steuerausfälle wurden im Parlament diskutiert aber alle verworfen, so auch ein Einheitssatz für Beherbergung und Gastronomie von 5,5%. Dieser scheiterte am Widerstand der Hotellerie, die ja von einem Sonderatz von 3,8% für Übernachtung und Frühstück profitiert. Änderungen bei den drei bisherigen Steuersätzen würden sich nur bei einer grundlegenden Reform des Mehrwertsteuersystems rechtfertigen lassen, was aber nach den gescheiterten Versuche der letzten Jahre heute nicht zur Diskussion steht. Wer die Initiative der Gastrobranche trotzdem umsetzen möchte, müsste im Gegenzug bis zu 750 Millionen Franken zusammensparen, in allen Bereichen, auch bei den Sozialausgaben. Für die SP ist dies inakzeptabel. Wir lehnen die Initiative am 28. September klar ab.



# Überzeugtes JA zum fairen Finanzausgleich !

## Kantonale Abstimmung «Gesetz über die Reform des Finanzausgleichs im Kanton GR»

Von Peter Peyer, Trin

Der aktuelle kantonale Finanzausgleich stammt aus dem Jahr 1958. Er ist kompliziert, unfair, setzt falsche Anreize. Dieser Befund ist unbestritten. Eine Reformvorlage im Jahre 2010 scheiterte insbesondere am Widerstand aus dem Bildungs- und Sozialbereich. Auch die SP bekämpfte die damalige Vorlage. Die Fehler des damaligen Reformprojektes sind nun korrigiert. Die Beteiligung des Kantons an den Ausgleichsgefässen wurde stark erhöht, die Beteiligung (sprich Belastung) der sehr starken Gemeinden deutlich reduziert.

## Der neue Ressourcen- und Lastenausgleich

Der Ressourcenausgleich (RA) mildert die grossen Unterschiede bei den Einnahmequellen zwischen den Gemeinden und sichert allen Gemeinden einen Grundstock an frei verfügbaren Mitteln. Als Einnahmequellen zählen Steuereinnahmen, Liegenschaftsteuern und Wasserzinsen. Der Lastenausgleich besteht aus den drei Gefässen Gebirgs- und Schullastenausgleich (GLA), Lastenausgleich Soziales (SLA) und Individueller Härteausgleich für besondere Lasten (ILA). Er gleicht die nicht beeinflussbaren Sonderlasten der benachteiligten Gemeinden zu einem angemessenen Anteil aus.

## Wie wirkt der neue Finanzausgleich?

Während die Oberengadiner Gemeinden und Bregaglia etwas von ihrer überdurchschnittlichen Ressourcenstärke abgeben, erhalten die Gemeinden in den anderen zwölf Regionen insgesamt zusätzliche Ausgleichsmittel. Am stärksten unterstützt werden das Val Müstair und die Gemeinden im Calancatal. Aber auch die Gemeinden in den Regionen Prättigau, Surselva, Viama und teilweise im Churer Rheintal erfahren eine kräftige Entlastung. Der Kanton selbst entlastet die Gemeinden gegenüber heute um insgesamt 22 Mio. Franken mehr pro Jahr.

## Die Gegnerschaft

Das Referendumskomitee wird von den reichen Oberengadiner Gemeinden angeführt. Obwohl sie im Vergleich zur Vorlage von 2010, die sie befürworteten, nochmals massiv entlastet werden, fühlen sich die Oberengadiner benachteiligt, weil die steuerpflichtigen Zweitwohnungsbesitzer nicht wie gewünscht mitberücksichtigt werden bei der Berechnung der Ressourcenstärke. Von Benachteiligung kann aber keine Rede sein. Es liegt im Wesen eines Finanzausgleichs, dass reichere Gemeinden einen Beitrag leisten müssen. Bei der neuen Vorlage haben Regierung und Grosse Rat zudem mehrere Anpassungen am Ressourcenausgleich vorgenommen, die besonders den starken Tourismusgemeinden zugute kommen. Davos, Arosa und Lenzerheide unterstützen die FA-Vorlage denn auch.



Peter Peyer, Grossrat, Trin

Exponentinnen und Exponenten aus BDP, CVP, FDP, GLP, SP und SVP, der Gewerkschaftsbund Graubünden, Lehrpersonen Graubünden LEGR, diverse Wirtschafts- und Branchenverbände, der Grosse Rat und die Regierung unterstützen den Finanzausgleich aus Überzeugung.

**Mehr zum Thema:**  
Überparteiliches Komitee JA zum fairen Finanzausgleich: [www.ja-fa.ch](http://www.ja-fa.ch)  
(Die zentralen Punkte sind auch in italienischer und romanischer Sprache aufgeschaltet)

Offizielle Seite des Kantons Graubünden: [www.gr.ch/DE/institutionen/verwaltung/dfg/ds/projekte/Seiten/FA%20Reform.aspx](http://www.gr.ch/DE/institutionen/verwaltung/dfg/ds/projekte/Seiten/FA%20Reform.aspx)

# Wo ein Goliath... braucht es einen David!



Urs Chiara,  
Büro SoliWerk, Almens

Bezirksrichter

Mitglied der Kerngruppe  
und Fachgruppe Sozial-  
politik

Infos und Liste aller  
Publikationen:  
[www.denknetz.ch](http://www.denknetz.ch)

## 10 Jahre Denknetz Schweiz

Von Urs Chiara, Almens

Denknetz Schweiz und AvenirSuisse sind die zwei gegensätzliche Denkfabriken der Schweiz: AvenirSuisse wurde 1999 als geschlossener Kreis wohlhabender Stifter gegründet. Das Denknetz Schweiz wurde fünf Jahre später gegründet – ohne die finanzstarke Unterstützung der Wirtschaftselite, dafür als Basisbewegung von engagierten Menschen von unten.

### Grundwerte

Das Denknetz ist den Grundwerten Freiheit, Gleichheit und Solidarität verpflichtet. Es befürwortet eine Ausweitung der Demokratie auf alle relevanten gesellschaftlichen Prozesse.

### Zweck

Zwei Trends prägen gegenwärtig stark unsere Zeit: «Zunehmende soziale Ungerechtigkeit» und «Entsolidarisierung der Gesellschaft». Das Denknetz will diese Mechanismen verstehen und Alternativen dazu erarbeiten. Das Denknetz will dazu beitragen, dass Emanzipation, Befreiung und soziale Gerechtigkeit eine Renaissance erleben und in Einklang mit den Geboten der Nachhaltigkeit gebracht werden. Das Denknetz baut Diskursnetze auf und vernetzt dabei Leute aus Forschung und Lehre mit AkteurInnen aus NGO, Gewerkschaften, Parteien und Bewegungen.

## Organisation und Arbeitsweise

Der Vorstand nominiert eine Kerngruppe, die für die inhaltliche Koordination und Gesamtsicht zuständig ist. Zu folgenden Themen arbeitet je eine Fachgruppe: Politische Ökonomie, Bildung, Prekäre Arbeit, Steuerpolitik, Otro Mundo, Sozialpolitik-Arbeit-Care-ökonomie sowie Langzeitpflege. Die Themen Migration, Demokratie, Europa und Nachhaltigkeit werden von der Kerngruppe betreut. Gegenwärtig sind rund 80 Personen in diesen Gremien aktiv engagiert.

### Zur Arbeitsweise

Ein Gruppe von Interessierten – in der Regel fünf bis zwölf Personen – widmet sich über mehrere Monate bis mehrere Jahre einem Fragenkomplex. Sie treffen sich während 3-4 Stunden alle 6-10 Wochen. Gesellschaftliche Bereiche werden untersucht, Orientierungsfragen erörtert, Reformvorschläge entwickelt und auf ihre Tauglichkeit geprüft. Dazu können externe ExpertInnen beigezogen werden.

### Aktivitäten

Das Denknetz organisiert Workshops, Veranstaltungen und Tagungen, erarbeitet Thesen, entwickelt Konzepte und Reformvorschläge, betreibt eine Web-Site, publiziert Diskurs, Working-Papers, ein Jahrbuch und Sachbücher zu Themen wie Europäische Mindestlohnpolitik 2005, Gute Arbeit für alle 2006/Arbeit ohne Knechtschaft 2013, Reformagenda Gesundheitspolitik 2005, «Die Grosse



Reform: Schaffung einer Allgemeinen Erwerbsversicherung» 2009, Bildung 2010, 25-Mia-Denknetz-Steueragenda 2010, Finanzdienste als Service public 2011, «Vision eines Bedingungslosen Grundeinkommens, das die Freiheiten aller stärkt» 2011, Wirtschaftswachstum 2013, «Lohnverteilung und 1:12-Initiative» 2013 sowie in Vorbereitung: Hochbetagtenrente und Denknetz-Pflegemodell.

### **Funktion des Denknetz innerhalb der Linken**

Das Denknetz macht selbst keine Tagespolitik, führt keine Kampagnen, lanciert keine Volksinitiativen, sondern entwickelt gesellschaftspolitische Orientierungsangebote und erarbeitet politische Reformvorschläge, ohne selbst politischer Akteur zu sein. Damit will das Denknetz eine offene Plattform bleiben können und kann von rot-grünen Parteien, NGO's und Gewerkschaften als Fundament (Grundlagenarbeit, Reformkonzepte) genutzt werden. Das Denknetz muss ein Ort sein, in dem Menschen fruchtbare Diskurse führen, obwohl sie in teilweise konkurrierenden Parteien, Gewerkschaften, etc. aktiv sind.

Wichtig ist auch, dass die Linke gemeinsam wieder Begriffe mitdefiniert, wie das Begriffspaar «Umverteilen – Rückverteilen» aufzeigt: Während Umverteilen impliziert, es werde einem Bevölkerungsteil etwas weggenommen, lenkt der Begriff

Rückverteilen die Aufmerksamkeit auf die Korrektur bereits erfolgter Umverteilung.

### **Jubiläums-Fest**

Am 29. November 2014 im Volkshaus Zürich mit Colin Crouch aus England (prominenter Oxford-Professor und Autor von «Jenseits des Neoliberalismus») und der Frauenband Les Reines Prochaines (Dokfilm: Alleine denken ist kriminell) wird ein nicht-zu-verpasendes Fest entstehen.

*Kernaussagen & Reformprojekte*

### **Wer den Grundwerten Freiheit, Gleichheit und Solidarität verpflichtet ist, kann Mitglied werden**

Das Denknetz ist unabhängig von Organisationen und Institutionen. Getragen wird es von 1000 Mitgliedern aus Wissenschaft und Forschung, NGOs und Gewerkschaften, politischen Bewegungen und sozialkritischen Zeitschriften.

Die Mitgliedschaft kostet Fr. 100.- (Fr. 40.- für Nicht- oder Wenigverdienende). Mitglieder erhalten sämtliche Denknetz-Publikationen kostenlos zugeschickt.

*Denken-Steueragenda*  
**Rückverteilen!**  
*Viel zu viel Reichtum in den Finanzmärkten*

*Wirtschafts- & Demokratie*

**Demokratie**

*Umweltverträglichkeit: klare Regeln!*

*Bedingungsloses*  
*Basic Income for all*

**Freiheit**

*Personenfreizügigkeit*  
*100% Freiheitsrecht*

*Wahlrecht der Altersvorsorge*

# Grossratswahlen 2014



Jon Pult, Grossrat und  
Präsident SP Graubünden

## Die SP im Grossen Rat 2014-2018

Manuel Atanes, Circolo di Roveredo, neu  
Beatrice Baselgia, Kreis Rhäzüns, bisher  
Christina Bucher-Brini, Kreis Chur, bisher  
Erika Cahenzli Philipp, Kreis Fünf Dörfer, neu  
Conradin Caviezel, Kreis Chur, neu  
Beat Deplazes, Kreis Chur, bisher Stv.  
Tina Gartmann-Albin, Kreis Chur, bisher  
Christoph Jaag, Kreis Schiers, bisher  
Sandra Locher Benguerel, Kreis Chur, bisher  
Dario Monigatti, Circolo di Brusio, bisher Stv.  
Andri Perl, Kreis Chur, neu  
Peter Peyer, Kreis Trins, bisher  
Johannes Pfenninger, Kreis Domleschg, bisher  
Jon Pult, Kreis Chur, bisher  
Andreas Thöny, Kreis Fünf Dörfer, bisher

## Wahlziele erreicht

Von Jon Pult, Chur

Vor vier Jahren fuhr die SP Graubünden bei den kantonalen Wahlen ein durchzogenes Ergebnis ein. Einerseits konnten wir nach einer langen und anspruchsvollen Kampagne die Wahl von Martin Jäger und damit die Verteidigung unseres Regierungssitzes feiern. Andererseits schrumpfte die Anzahl unserer direkt gewählten Grossrätinnen und Grossräte von 14 auf 12 – unsere erste Niederlage bei Grossratswahlen seit 1994. Von

wir stolz. Umso mehr galt es bei den diesjährigen Wahlen die sachpolitischen Erfolge in einen Wahlsieg umzumünzen. Als Ziele setzten wir uns eine sichere Wiederwahl von Martin Jäger und mindestens zwei Sitzgewinne im Parlament. Beides haben wir geschafft. Mit 15 Sitzen im Grossen Rat erreichten wir sogar das beste SP-Ergebnis aller Zeiten. Zudem sitzt die SP auch weiterhin am Regierungstisch, während die SVP und Heinz Brand zum zweiten Mal gescheitert sind.

Doch genauso wie wir uns 2010

1977	1979	1981	1983	1985	1987	1989	1991
7	8	9	10	9	5	10	6
1994	1997	2000	2003	2006	2010	2014	
8	7	10	13	13	14	12	15

diesen Sitzverlusten liessen wir uns aber nicht entmutigen. Im Gegenteil. Wir starteten in eine Legislatur voller Engagement und einigen Erfolgen. In Volksabstimmungen besiegten wir den Olympia-Gigantismus und die Kohlepläne von Repower. Und im Grossen Rat erreichten wir, immer in enger Abstimmung mit unserem Regierungsrat, wichtige Fortschritte. Das neue Schulgesetz, das neue Forschungsgesetz, ein fairer neuer Finanzausgleich ohne Schäden für Bildung und Soziales sowie eine Erhöhung der Mittel für die Kultur gäbe es ohne die SP so nicht. Darauf sind

nicht entmutigen liessen, dürfen wir jetzt nicht übermütig werden. In die neue Legislatur starten wir mit einer grösseren, sprachlich und regional breiter abgestützten Fraktion. Aber leider auch mit einem kleineren Frauenanteil. Das müssen wir in Zukunft verbessern. Genau so wie wir den fünften Platz von Martin Jäger bei den Regierungsratswahlen realistisch interpretieren müssen. Er zeigt, dass die SP-Regierungsbeteiligung in Graubünden nach wie vor keine Selbstverständlichkeit ist.

Nach den Wahlen ist bekanntlich vor den Wahlen. Und die nächsten wer-



den nicht einfach. Aber wir wissen, dass unsere Wählerinnen und Wähler gute Arbeit honorieren. Die wollen wir leisten. Mit Mut zur sorgfältigen Entwicklung unseres Kantons. Für ein starkes und gerechtes Gemeinwesen. Für einen sozialen und ökologischen Arbeitsplatz. Für die Stärkung von Kultur und Natur. Für eine moderne und transparente Politik.

## Regierungsratswahlen 2014

**Wiederwahl geschafft**



### **Martin: Gratulation zur Wahl!**

«Mit Freude nochmals» war einer Deiner träfen Aussagen im Wahlkampf. Genau das lebst Du auch. Du bist unsere überaus breit anerkannte Vertretung in der Regierung; kompetent, sorgfältig entwickelnd, mutig. Wir gratulieren zur Wahl und freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit.

Doch halt! Das Wahlergebnis zeigt: Die für die Zukunft von Graubünden notwendige Einbindung der SP in die Regierung ist kein Selbstläufer. Daran müssen wir als einzige relevante Kraft für den sozialen Ausgleich, die Natur und die sorgfältige Entwicklung arbeiten; schwungvoll und gezielt.



# Grossratswahlen 2014

## Die Neuen



Manuel Atanes,  
Kreis Roveredo

L'elezione di un socialista nel circolo di Roveredo è stata un fatto eccezionale. I compagni della sezione mesolcinese hanno festeggiato degnamente questo grande avvenimento. Adesso finalmente arriva il momento di mettersi al lavoro. Sarà un'esperienza molto interessante e io ho tanto da imparare.

Il mio intento prioritario è quello di dare il mio contributo sia all'interno della nostra frazione, che all'interno della deputazione del Grigioni Italiano. Siamo delle minoranze (sia politiche che culturali) e per raggiungere degli obiettivi dobbiamo lavorare assieme.

Dobbiamo essere uniti per salvaguardare il trilinguismo, elemento fondamentale per la coesione del nostro Cantone e dobbiamo essere uniti per promuovere uno stato più giusto per tutti.



Erika Cahenzli-Philipp,  
Kreis Fünf Dörfer

Ich lebe mit meinem Mann Andy und unseren vier jungen Erwachsenen in Untervaz. In diesem schönen Dorf im Bündner Rheintal bin ich aufgewachsen und arbeite als Familienfrau und in Teilzeit als Primarlehrerin. Seit drei Jahren bin ich Mitglied im Gemeinderat als Departementsvorsteherin Sicherheit, Gesundheit und Soziales. Die vielfältige Arbeit in einer Exekutive finde ich spannend, sieht man doch bei vielen Entscheiden direkt deren Auswirkung und lernt sorgfältig mit dieser Verantwortung umzugehen.

Oft ist man in einer Gemeindebehörde Ausführende, die übergeordnete Gesetze umsetzen muss. Da wird es interessant sein, als Grossrätin auf diese Einfluss nehmen zu können. Ich freue mich als Teil der engagierten SP-Fraktion an einem modernen, sozialen und ökologischen Kanton mitzuwirken.



Conradin Caviezel,  
Kreis Chur

Ich bin durch und durch Churer, auch wenn ich viel Zeit in Bern verbringe. Ich reise gerne, liebe Tennis-Matches, mag schöne Aussichtspunkte, bin unleidlich, wenn ich zu wenig gegessen und geschlafen habe, mag amerikanische Wahlkämpfe, bin perfektionistisch, aber politisch pragmatisch, liebe die italienische Küche, aber nicht deren Politik, habe wenig übrig für Königshäuser, bin fasziniert von Statistiken und glaube an den technologischen Fortschritt.

Ich kämpfe für eine transparentere Politik, einen starken ÖV, eine fairere Steuergesetzgebung, moderne politische Strukturen und frühkindliche Betreuung. Zur Wehr setze ich mich gegen Klientelwirtschaft der «haves», die zusätzliche Belastung der «have-nots», den Bündner Politikfilz, Subventionen ohne gesamtwirtschaftliche Wirkung sowie Ausländerfeindlichkeit.



Beat Deplazes,  
Kreis Chur

Die Schweiz importiert jährlich für Fr. 12,9 Milliarden Energie aus dem Ausland. Davon sind 6,6 Milliarden für Treibstoffe und 4,8 Milliarden für Brennstoffe. Das sind Fr. 1622 pro Kopf der Schweizer Bevölkerung.

Der Anteil an Brennstoffen könnte mit verschärften Vorschriften im Energiebereich MUKEN erheblich gesenkt werden. Beim Neubau von Gebäuden muss das Nullenergiehaus Standard werden. Der grösste Brocken sind aber die alten Häuser. Die Sanierungsrate von rund 1 % jährlich ist viel zu tief. « Pinselsanierungen » also Malerarbeiten ohne Isolation der Fassaden und Fenstersanierungen sind zu verbieten.

Die CO2 Abgabe auf Treibstoffe ist sofort einzuführen.

Mit einem Umbau der Wärmeproduktion in Richtung Holz und Sonne könnten im Kanton Graubünden neue Arbeitsplätze geschaffen werden.



Dario Monigatti,  
Kreis Brusio

Sono nato a Brusio nel 1949 dove vivo attualmente con mia moglie. Sono padre di due figlie e nonno di tre nipotini.

Il mio interesse è rivolto alla difesa della lingua italiana.

Mi sta a cuore la garanzia di una sanità su tutto il territorio cantonale con un occhio di riguardo per le regioni periferiche .

Mi impegnerò affinché le vie di comunicazione siano garantite tutto l'anno (Passo del Bernina) così come le strade secondarie siano sicure al passaggio degli utenti senza dimenticare la Ferrovia del Bernina di vitale importanza per la nostra Valle.

Non voglio dimenticare le problematiche legate alla sicurezza della popolazione in zone di confine e garantire anche in futuro i posti di lavoro che la Confederazione e il Cantone offrono nelle nostre Valli del sud.



Andri Perl,  
Kreis Chur

Zuerst einmal: herzlichen Dank an uns alle. Wir haben in den Sektionen und in der Kantonalpartei hart gearbeitet in diesem Grossratswahlkampf. Das historische Bestresultat der SP Graubünden ist unser verdienter Lohn und dass ich etwas zu diesem Resultat beitragen durfte, freut mich riesig.

Im Rat will ich mich für uns alle einsetzen. Für ein mutiges Gemeinwesen. Für ein Gemeinwesen, das sich um seine schwachen Mitglieder kümmert und sich nicht schwer tut, neue Mitglieder aufzunehmen. Für ein Gemeinwesen, das nicht dem wirtschaftlichen Eigensinn der Wenigen gehorcht in der Hoffnung, ein paar Brosamen abzubekommen. Und natürlich will ich mich als Rapper und Autor stark machen für unsere vielfältige Kultur, für unsere Kultur der Vielfalt. Los geht's!

# Gegen das Aushöhlen des Alpenschutzes



Stefan Grass, Mitglied im Vorstand der Alpen-Initiative und im Zentralvorstand des VCS Verkehrs-Club der Schweiz

**Mehr zur 2. Röhre**  
[www.vcs-gr.ch/graubunden/alpentransit](http://www.vcs-gr.ch/graubunden/alpentransit)

## Der San Bernardino ist keine Euro-Transitachse

Von Stefan Grass, Chur

Der Ständerat hat in der Frühlingsession den Bau einer zweiten Strassentunnelröhre am Gotthard bewilligt. Der Nationalrat wird voraussichtlich in der Herbstsession das gleiche tun. Die SP wir zusammen mit der Alpen-Initiative, dem VCS und weiteren Partnerorganisationen das Referendum gegen diese Gesetzesänderung ergreifen, weil damit der Alpenschutz in der Verfassung ausgehebelt und die Verlagerungspolitik sabotiert wird. Die Bundesverfassung ist in Artikel 84 eindeutig: «Die Transitstrassenkapazität im Alpengebiet darf nicht erhöht werden.» Mit der Änderung des Bundesgesetzes über den Strassentransitverkehr im Alpengebiet wird genau das getan: Der Alpenschutz wird ausgehöhlt. Im Gesetz wird festgeschrieben, dass nach der Sanierung des alten Strassentunnels nie mehr als zwei Fahrspuren gleichzeitig geöffnet werden sollen. Bei einer Verdoppelung der Röhren kann jedoch nicht von einem Sanierungsprojekt gesprochen werden: Eine zweite Röhre ist ein verkapptes Ausbauprojekt. Denn niemand glaubt ernsthaft daran, dass die gebauten Kapazitäten immer ungenutzt bleiben werden.

Gerade mal 17 000 Fahrzeuge fahren täglich im Durchschnitt durch den Gotthard-Strassentunnel. Zum Vergleich: Auf der Masanserstrasse in Chur fahren täglich 20 000 Fahr-

zeuge. Rund vier Milliarden Franken kostet der geplante Tunnel inklusive Sanierung des alten. Bundesrat und Parlament wären gut beraten, das knappe Geld in den Agglomerationsverkehr zu investieren, wo weitaus grössere Verkehrsströme verzeichnet werden. Eine zweite Röhre am Gotthard kostet etwa drei Milliarden Franken mehr als die Sanierung mit Ersatzangebot auf der Schiene. Ebenso werden sich mit einer zweiten Röhre die hohen Betriebs- und Unterhaltskosten verdoppeln. Eine Verladelösung erzeugt keinen Umwegverkehr, wenn die Sanierungsarbeiten nur im Winterhalbjahr stattfinden. Dann ist der Personenverkehr so gering, dass er von einem Autoverlad Göschenen-Airolo problemlos aufgenommen werden kann. Im Sommer ist der Strassentunnel wieder zu öffnen. Der LKW-Transitverkehr wird bereits im Grenzraum aufgefangen, der übrige Verkehr näher bei den Portalen des neuen Gotthard-Basistunnels (NEAT). So kann der ganze Verkehr jederzeit ohne Störung abgewickelt werden.

Wenn wir in Graubünden langfristig von der Verlagerung des Transitgüterverkehrs auf die NEAT profitieren wollen, sollten wir uns dafür einsetzen, dass während der Sanierung der Strassenverkehr dank des Bahnverlads weiterrollen kann.

So kann verhindert werden, dass ein zweiter Strassentunnel am Gotthard die bewährte Schweizer Verlagerungspolitik sabotiert.



# Das Chur für alle

## **Volksinitiative «Für mehr bezahlbaren Wohnraum»**

Von Lukas Horrer, Chur

Die Initiative «Für mehr bezahlbaren Wohnraum» wurde vom Mieterverband, der SP und VertreterInnen der Wohnbaugenossenschaften lanciert. Am 3. Mai begann die Sammelfrist, d.h. 800 Unterschriften sind im kommenden Jahr zu sammeln. Wir brauchten eine Woche um 1021 Unterschriften zu sammeln. Heute zählen wir über 2000 Unterschriften. Was für ein Erfolg! Bis anhin wurde in Chur kaum über bezahlbaren Wohnraum diskutiert. Ein Blick in die Statistik zeigt erstens, dass sich das ändern muss und zweitens, dass die Resonanz kein Zufall ist. Die Mieten in Chur bewegen sich beinahe auf dem Niveau der Stadt Basel. Erschwerend kommt hinzu, dass die Löhne einiges tiefer sind als in Basel. Das bedeutet, dass in Chur mind. gleich viel, wahrscheinlich aber unter dem Strich mehr fürs Wohnen bezahlt wird als in Basel. Diese Entwicklung reist ein Loch ins Budget vieler Familien und verdrängt immer mehr Menschen weg aus der Stadt. Die Folge davon sind nicht selten klassische Schlafgemeinden, ein raumplanerisches No-Go. Die Problematik der steigenden Mieten ist einer Wohnbaupolitik geschuldet, die auf Marktmechanismen gesetzt hat. Dabei ist kein Ökonomiestudium

notwendig um zu sehen, dass die Marktmechanismen bei Immobilienmärkten versagen. Beispielsweise ist im Vergleich zum Markt für Butter kein Marktaustritt (umsteigen auf Margarine) möglich. Ich kann nicht, nicht wohnen. Wir sprechen darum von einem Konsumzwang. Zudem ist das Gut Boden nicht beliebig vermehrbare, steigende Nachfrage also nicht sofort aufzufangen. Es kommt hinzu, dass sich die Immobilie von einer Wert- zu einer Ertragsanlage gewandelt hat. Früher reichte eine stetige, aber kleine Rendite aus. Heute gilt im Immobilienmarkt das Prinzip der Renditenmaximierung. All das führt zu steigenden Preisen. Hier setzt die Initiative ein. Sie will in der Stadtverfassung verankern, dass gemeinnützige Wohnbauträger von der Stadt aktiv gefördert werden, denn diese sind rund 20 Prozent günstiger als der Markt, da nur die tatsächlich anfallenden Kosten verrechnet werden. Der Anteil gemeinnütziger Wohnbauträger soll nach der Initiative innert 20 Jahren von heute acht auf zwölf Prozent ansteigen. Gerade das neu entstehende Quartier Chur West ist die städtebauliche Chance mehr bezahlbaren Wohnraum entstehen zu lassen. Bezahlbarer Wohnraum nützt allen. Die Attraktivität Churs wird gesteigert, die Durchmischung gestärkt und auch die Gewerbetreibenden profitieren, wenn am Ende des Monats mehr Geld für den Konsum bleibt.



Lukas Horrer, politischer Sekretär SP Graubünden

”

**Die Initiative will das Chur für alle. Welches Chur will die Immobilienwirtschaft?**

”

**Mehr Infos zur Initiative:**  
[www.wohnraum-chur.ch](http://www.wohnraum-chur.ch)



Hanna Bay,  
Präsidentin JUSO GR

## Kein Ausbau der Überwachung!

Von Hanna Bay, Schiers

Nicht erst seit dem Fall Snowden, sondern bereits seit den beiden Fichenaufhängen weiss man in der Schweiz, dass die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger vor staatlicher Überwachung geschützt werden muss. Die präventive Überwachung hat auch das neue Bundesgesetz zur Überwachung des Post- und Fernmeldewesens (BÜPF) zum Ziel, das den Ständerat bereits passiert hat. Dieses neue Schnüffelgesetz muss bekämpft werden.

Unbestritten ist, dass die gesetzlichen Grundlagen für die Strafverfolgung der Entwicklung der modernen Informationstechnologie angepasst werden müssen. Das BÜPF wäre hierfür der richtige Ort, würde nicht gleichzeitig ein Ausbau der Überwachung angestrebt. Mit dem neuen BÜPF soll nämlich die Speicherungspflicht für Randdaten der Telekommunikation aller Provider von sechs auf zwölf Monate erhöht werden – ein Vorhaben, das etwa das deutsche Bundesverfassungsgericht für unzulässig erklärte. Auch nach der verlängerten Vorratsdatenspeicherung bestünde keine Löschungspflicht. Problematisch ist ausserdem die Einführung von Programmen zur Überwachung von verschlüsselter Kommunikation, sogenannter Staatstrojaner, für verschiedene Straftatbestände, wie etwa Diebstahl. Damit sind auch unverdächtige Dritte von der Überwachung betroffen.

Mit dem neuen BÜPF wird zudem potenziell ein Monster geschaffen, das mit dem noch viel gefährlicheren revidierten Nachrichtendienstgesetz (NDG) vollkommen von der Leine gelassen werden soll. Im NDG wird explizit Bezug auf die Möglichkeiten des neuen BÜPF genommen – und damit die Totalüberwachung ohne rechtsstaatliche Kontrolle quasi angekündigt. Der Staatstrojaner und die gesammelten Daten könnten dann auch ohne richterliche Genehmigung eingesetzt werden. Auch die Militärjustiz soll vom neuen Gesetz Gebrauch machen können. Eine demokratische Kontrolle der staatlichen Überwachung wäre damit nicht mehr möglich.

Der Schutz der Privatsphäre und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung sind in der Bundesverfassung festgeschrieben und dürfen nicht der vermeintlich totalen Sicherheit geopfert werden. Das neue BÜPF muss in seiner Form deshalb klar abgelehnt werden. Der Parteitag der SP hat eine Resolution der SP AI angenommen, welche fordert, dass – wenn das Gesetz mit den oben erwähnten Punkten durchkommt – ein Referendum geprüft werden muss. Dieser Entscheidung entspricht der Tradition der SP, welche sich stets für die Grundrechte eingesetzt hat. Bleibt zu hoffen, dass die Bundeshausfraktion mit diesem klaren Auftrag der Basis im Parlament erfolgreich sein wird.



Hier könnte Ihr Inserat stehen.

Möchten Sie ein interessiertes Publikum  
ohne Streuverluste erreichen?

Weitere Auskünfte erhalten Sie im  
Sekretariat der SP Graubünden.

SP Graubünden | Gürtelstrasse 24 | 7001 Chur  
Telefon: 081 284 91 00 | E-Mail: [info@sp-gr.ch](mailto:info@sp-gr.ch)

# Leute: Lukas Horrer



Lukas Horrer  
Politischer Sekretär SP  
Graubünden

Jahrgang: 1991  
Wohnhaft: Chur  
Zivilstand: ledig  
Beruf: Kaufmann,  
Betriebsökonom,  
Student

## **Politische / öffentliche Ämter:**

Grossratstellvertreter,  
Präsident Mieterverband  
GR

## **Hobbies:**

Lesen, Skifahren, Gutes  
Essen, spannende Dis-  
kussionen mit Freunden

**Concret: Lukas, du arbeitest seit dem 1. August als politischer Sekretär der SP Graubünden, bist also Nachfolger von Tamara Gianera. Was hat dich dazu bewogen, dich für diese Stelle zu bewerben?**

Lukas: Ich hoffe, als Sekretär etwas zu bewegen. Es ist die Möglichkeit, politisch noch aktiver zu sein. Ich möchte Ideen umsetzen und die SP Graubünden mitprägen. Als ich mit 15 Jahren Mitglied der JUSO wurde, hätte ich nicht gedacht, dass ich kurze Zeit später deren Vorsitzender werde. Ich wollte eigentlich nicht aktiv werden. Doch das Amt als JUSO-Präsident hat bei mir die politische Leidenschaft geweckt. Seit einiger Zeit bin ich auch Mitglied der Geschäftsleitung der SP Graubünden. Ich kenne also die Partei gut und so war es für mich naheliegend, mich für die Stelle als politischer Sekretär zu bewerben. Ausserdem kann ich so mein Master-Studium in BWL finanzieren.

**Concret: Worin siehst du deine besonderen Stärken, die du für diese Stelle mitbringst?**

Lukas: Eine meiner grossen Stärken ist das politische Know How aber auch die Fähigkeit, organisatorische Aufgaben wahrzunehmen und die Ziele und Vorgaben pragmatisch umzusetzen. Mein Beruf als Betriebsökonom passt, die Schaltstelle der Partei zu sein. Effektivität und betriebliche Effizienz sind aber kein Selbstzweck, sondern sollen der SP dazu verhelfen, die nächsten Wahlen zu gewinnen.

**Concret: Welche politischen Themen liegen dir aktuell besonders am Herzen?**

Lukas: Mein Kernthema ist die Wirtschaft- und Finanzpolitik. Diese Themen beschäftigen mich, seit meiner KV Lehre bei einer Schweizer Grossbank. Freiheit für den Markt bedeutet nicht Freiheit und Gerechtigkeit für alle, sondern nur für einige wenige. Wir müssen das Primat der Politik (zurück-)erkämpfen, denn nur so gelangt Freiheit und Gerechtigkeit in Reichweite.

Als Mieterverbands-Präsident und mit der neuen Wohnrauminitiative in Chur ist einer meiner Schwerpunkte der Mieterschutz und bezahlbarer Wohnraum. Auch das ist eine Tradition der Sozialdemokratie. Wir stellen uns immer auf die Seite der Schwächeren. Im Wohnungs- wie im Arbeitsmarkt. Die Arbeiterinnen und Arbeiter sowie die Mieterinnen und Mieter stehen einer Marktmacht gegenüber, die sie versucht zu vereinzeln und zu entsolidarisieren. Dadurch sind sie der Marktmacht ausgeliefert. Da hat sich die SP immer auf die Seite der Schwächeren gestellt und sich mit jenen, die den Kürzeren ziehen gegen die Wirtschaftselite solidarisiert. Dies mit dem Ziel, ein Kartell der Schwachen gegen die Mächtigen zu bilden und so Freiheit und Gerechtigkeit zu erstreiten.

## Parolen zu den Abstimmungen vom 28. September 2014

### Eidg. Vorlagen:

Initiat. öffentliche Krankenkasse **JA**  
Mehrwertsteuer-Initiative **NEIN**

### Kant. Vorlagen:

Finanzausgleich **JA**

## Jon Pult ist neuer Präsident der Alpeninitiative

Seit der Annahme der Alpeninitiative 1994 darf man die alpenquerenden Strassen nicht mehr ausbauen. Stattdessen müssen die schweren Transitgüter von der Strasse auf die Schiene verlagert werden. Die Verkehrspolitik der Schweiz wurde dank der Alpeninitiative neu ausgerichtet. Mit der Verlagerungspolitik, dem Bau und der sicheren Finanzierung des Jahrhundertwerks NEAT und dem solid abgestützten Ausbau des öffentlichen Verkehrs, setzt die Schweiz mehrheitlich auf eine Verkehrsentwicklung, die Mensch, Natur und Bergwelt respektiert. Kein anderer Politikbereich der Schweiz ist wohl so progressiv.

Die Zukunftschancen der Alpen und ihrer Bewohnerinnen und Bewohner hängen von einer intakten Natur und Landschaft ab. Alpenschutz ist für uns notwendig und zutiefst fortschrittlich. Die junge Generation muss das Feuer des Alpenschutzes weitertragen.

Die Verlagerung des Schwerverkehrs von der Strasse auf die Schiene ist und bleibt ein zentrales Element einer

lebenswerten Zukunft. Im Alpen-Transit, in der Schweiz – aber auch in ganz Europa. Statt uns ständig für die schamlosen Banker, die schlaumeierischen Steuerpraktiken oder die ängstliche Migrationspolitik zu rechtfertigen, sollte unser Land wieder ein selbstbewusstes Projekt in und für Europa vorantreiben. Die Verlagerungspolitik kann dieses Projekt sein. Die Unterstützung der Menschen Europas wäre der Schweiz auf sicher. Genauso wie sich unser Ruf als Land der Innovation, der Nachhaltigkeit und der Solidarität wieder herstellen liesse.

Bevor wir aber die Herausforderung einer Europäisierung der Verlagerungspolitik prioritär anpacken können, müssen wir in der Schweiz den letzten Angriff der Ewiggestrigen abwehren. 20 Jahre nach dem wegweisenden Volksentscheid versuchen sie, die Verlagerungspolitik einmal mehr zu durchlöchern. Wieder mit der alten Idee einer zweiten Gotthard-Strassenröhre. Der Alpenschutzartikel in der Bundesverfassung wird zwar nicht direkt angegriffen, sondern behauptet, die zweite Röhre werde nach den Sanierungsarbeiten nur einspurig befahren und die Kapazität folglich nicht erhöht. Natürlich ist das ein durchsichtiger Trick. Das Volk wird ihn durchschauen. Die ältere Generation wird sich ihre politische Errungenschaft nicht nehmen lassen. Und die junge Generation wird den grossen Wert einer zukunftsgerichteten Verkehrspolitik erkennen. Dafür kämpft die Alpen-Initiative.

### Impressum

Herausgeber:  
SP Graubünden  
Concret  
Postfach 561  
7001 Chur

3/2014 September

### www.sp-gr.ch

sekretariat@sp-gr.ch  
Telefon 081 284 91 00  
Fax 081 284 91 01  
PC - Kto. 90-147531-1

Redaktion: Lukas Horrér,  
Stefan Grass, Silvia Modalek  
Versand: Peter Montigel,  
Christian Brassler & Team

Layout: Urs Bütikofer  
Druck: Spescha Luzzi  
Erscheint 4 x jährlich

Redaktionsschluss 4/2014:  
10. Oktober 2014